

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur Werktag).
Bezugspreis: monatlich 3.60 Mark einschl. Postabstellgebühr
oder Bringerlohn.
Telefon Nr. 82. — Postgeschäftszentrale 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) — (Limburger Tageblatt)

Berantwortlicher Redakteur: Hans Mathes.
Druck und Verlag der Firma Schindler'scher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die gespaltenen 8-Millimeterzeile oder deren
Raum 70 Pf. Die 91 mm breite Reklamezeile 2.10 Pf.
Anzeigen-Ablaufnahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 139

Limburg, Montag, den 21. Juni 1920.

83. Jahrgang

Die Regierungskrise.

Die Haltung der Demokraten.

Die Verschiebung der Entscheidung der Krise wurde durch die Demokraten veranlaßt. Die Aussprache, die sie gestern vormittag hatten, war sehr lebhaft. Einer ihrer Vorschläge ging laut „B. T.“ darauf hinaus, daß sie — die Demokraten nicht selbst in das Kabinett eintreten, dafür aber sich verpflichteten, einem aus Zentrum und Deutscher Volkspartei gebildeten Kabinett ihre parlamentarische Unterstützung zu leihen. Diesen Vorschlag erklärten die Herren Fehrenbach und Trimborn unter keinen Umständen annehmen zu können.

Der „Vorwärts“ schreibt: Wenn die Demokraten die Teilnahme an der Regierung ablehnen, dann wird alles wieder ins Ungewisse gestellt sein. Jedoch scheint bei den Demokraten die Ansicht zur stärkeren Geltung zu gelangen, daß sie als Abwehrposten gegen reaktionäre Vorstöße in der Regierung eine wichtige Funktion ausüben könnten.

Die Lösung gefunden?

Berlin, 19. Juni. (W.T.B.) Die Verhandlungen, die Fehrenbach mit den Parteiführern führte, gelten den Abendblättern zufolge als soweit gedeichen, daß man von einer Lösung der Krise sprechen könne. Die Demokraten, die besonders auf die Sicherung der republikanischen Verfassung drängen, sollen durch die Erklärungen der Deutschen Volkspartei bestreift sein. Die Deutsche Volkspartei erklärte, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, daß sie sich auf den Boden der Verfassung stelle, den gegebenen Verhältnissen Rechnung trage und von einer monarchistischen Agitation innerhalb der Regierung und Koalition absiehen werde. Die sozialdemokratische Fraktion wird nach Mitteilung des „Berliner Tageblattes“ der neuen Regierung voraussichtlich ein, wenn auch vielleicht bedingtes Vertrauensvotum erteilen, um ihr die parlamentarische Möglichkeit einer einigermaßen gesicherten Stellung für die nächste Zeit zu geben. Die Deutschnationalen seien entschlossen, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen in Spa eine ähnliche Haltung wie die Sozialdemokratie einzunehmen.

Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen.

Berlin, 19. Juni. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht jetzt das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden im ganzen 26 017 590 Stimmen abgegeben. Daraus entfielen auf die Sozialdemokratie 5 614 452, auf die Unabhängigen 4 894 317, auf die Deutschnationalen 3 736 778, auf die Deutsche Volkspartei 3 606 316, auf das Zentrum 3 540 830, auf die Deutsch-Demokraten 2 202 334, auf die Bayerische Volkspartei 1 171 722, auf die Kommunisten 441 995, auf die Hannoversche Landespartei 319 100, auf den Bayerischen Bauernbund 218 884, auf den Deutschen Wirtschaftsbund für Stadt und Land 88 652, auf die Christliche Volkspartei 65 219, auf die Deutsch-Sozialistische Partei 7216, auf die Pauscher Volkspartei 4052, auf die Nationaldemokratische Partei 3938, und auf die Deutsche Wirtschafts- und Arbeitspartei 43, Stimmen; die übrigen Stimmen zerstreuteten sich. Demnach besteht der Reichstag aus 466 Abgeordneten: 112 Sozialdemokraten, 81 Unabhängigen, 68 Zentrumspartei, 66 Deutschnationalen, 62 Deutsche Volkspartei, 45 Deutsch-Demokraten, 21 Angehörigen der Bayerischen und der Christlichen Volkspartei, 5 Hannoveranern, 4 Vertretern des Bayerischen Bauernbundes, und 2 Kommunisten. In diesen Ziffern sind 17 Mandate der Sozialdemokratie, 9 des Zentrums und 8 der Demokraten aus den Abstimmungsgebieten eingeschlossen, ferner ein Sozialdemokrat und ein Demokrat, die gemäß Paragraph 38 Absatz 2 des Wahlgesetzes für den Rest des bisherigen 2. Wahlkreises übernommen worden sind. Die Stimmen, die auf die beiden hessischen Wirtschaftlichen Betriebsvereinigungen Thüringen, auf die Hessische Volkspartei, auf den Hessischen Bauern- und Weingärtnerbund entfallen sind, sind den Deutschnationalen zugeschlagen.

Günstige Finanzlage Badens.

Frankfurt, 17. Juni. Im Badischen Landtag teilte Finanzminister Köhler zur Finanzlage des Landes mit, daß das Jahr 1919 erfreulicherweise mit einem Überschub abschließe; genaue Zahlen liegen noch nicht vor. Der günstige Abschluß sei durch eine rechtzeitig durchgeführte, sozial wirkende Besteuerung erzielt worden.

Milliarden schuld der Stadt Berlin.

Berlin, 18. Juni. (W.T.B.) Nach einer Mitteilung des Berliner Magistrats betrug die schwedende Schuld der Stadt Ende April 1920 1 175 000 000 Mark. An Guichen gegenüber Reich, Staat und Lebensmittelverwaltungen hatte die Stadthauptfazie rund 555 000 000 Mark; somit verbleibt ein ungedeckter, schwedender Schuld betrag von Mark 522 000 000.

Streikfolgen.

Duisburg, 17. Juni. Nach Wiederaufnahme der Arbeit in den Krupp'schen Werken in Rheinhausen können von der 7000 Mann starken Belegschaft nur 2000 Mann Berwendung finden, da vor der vollen Wiederaufnahme des Betriebes infolge der unterlassenen Roßstandarbeiten umfangreiche Ausdifferenzen notwendig geworden sind. Die Werkleitung gibt bekannt, daß die Streikstage nicht bezahlt werden.

Mark und Franken im Saargebiet.

Saarbrücken, 18. Juni. (W.T.B.) Zwischen den Vertretern der französischen Bergverwaltung und der Beamten- und Angestelltenchaft fand heute vormittag auf der Bergwerksdirektion eine Besprechung statt. Die französische Berg-

verwaltung erklärte, ihre Regierung habe ihr den Befehl erteilt, vom 1. Juli ab die Frankenwährung einzuführen. Dem entsprechend solle man auch den Beamten und Angestellten ab 1. Juli ihre Löhne in Franken auszahlen. Die Vertreter der Beamten und Angestellten legten gegen eine derartige Maßnahme Protest ein und sprachen der Verwaltung jedes Recht zu einer derartigen Handlung ab. Sie erklärten, daß sie auf Grund der vereinbarten Gehaltssätze in Mark in ihre Dienste eingetreten seien und die Verwaltung die rechtliche Verpflichtung habe, dabei zu bleiben.

Entente und Arbeiterschaft.

Bor einer Katastrophe in der Pfalz?

München, 17. Juni. (W.T.B.) Die Lage in der Pfalz droht sich zu einer Katastrophe auszuwachsen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die französische Besatzungsbehörde die längst vorgenommene Verhaftung sozialistischer Arbeiterschäfer zu einer Machtprobe ausnutzen will. In Ludwigshafen sind Truppenverstärkungen eingetroffen; stark Patrouillen mit Maschinengewehren durchziehen die Stadt. Haceloje Passanten werden auf Aufforderung geprüft. Bekanntmachungen verlangen die Ablieferung versteckter Waffen. Die Verhängung des Belagerungszustandes über die Pfalz wird befürchtet. Am 18. Juni mittags 12 Uhr erwartet die Arbeiterschaft der Pfalz die Antwort auf ihren Protest wegen der Verhaftungen. Dann wird es sich zeigen, ob in der Pfalz der französische Militarismus neue vielleicht blutige Triumphe feiert wie seinerzeit in dem Ludwigshafener Postamt, oder ob doch noch die Vernunft und Menschlichkeit den Sieg davon tragen.

Einspruch der Reichsbehörde.

Berlin, 18. Juni. (W.T.B.) Die aufsehenerregenden Verhaftungen von Arbeiterschäfern durch die französischen Besatzungsbehörden in der Pfalz geben dem Reichsminister in den besetzten Gebieten Anlaß zu Vorstellungen bei der interalliierten Rheinlandkommission. Diese sagte den Vertretern der Pfälzer Arbeiterschaft die sofortige Entsendung eines Offiziers nach Ludwigshafen zur Erörterung der Angelegenheit zu.

Ein Demonstrationstreit gegen die Besatzung in der Pfalz.

Ludwigshafen, 18. Juni. (W.T.B.) Der Aktionsausschuß der Arbeiterschaft der Pfalz weist in einem Aufruf an die Bevölkerung der Pfalz infolge der erneut durch nichts begründete Verhaftungen der Besatzungsbehörde darauf hin, daß für die Pfälzerbewohner es gar nichts anderes geben könne, als durch eine einheitliche geschlossene Demonstration gegenüber den Besatzungsbehörden zum Ausdruck zu bringen, daß sie nicht mehr gewillt sind, derartige Maßnahmen widerstandslos hinzunehmen. Die Arbeiterschaft und Angestelltenchaft habe demzufolge beschlossen, ab Freitag nach 12 Uhr bis einschließlich Samstag nach 12 Uhr die Arbeit ruhen zu lassen. Diese Demonstration solle den Zweck verfolgen, nicht nur die Augen Deutschlands, sondern ganz Europas auf die unerträglichen Verhältnisse, wie sie durch die Besetzung besonders in der Pfalz hervorgerufen sind, hinzuwirken. Das Verhältnis der Pfälzer zur Besatzungsbehörde habe durch das erneute Vorgehen einen schweren Stoß erlitten. Der Aufruf mahnt am Schlusse die Bevölkerung, wer die Demonstration unterstützen wolle, solle nicht auf die Straße gehen, sondern in seinem Heim bleiben.

Eine französische Erklärung.

Ludwigshafen, 18. Juni. (W.T.B.) In einer heutigen den Platzhöfen angekündigten Bekanntmachung weist der französische Kommandeur nochmals darauf hin, daß die von der französischen Militärbehörde vorgenommenen Verhaftungen keinen politischen Charakter trügen. Das eingeleitete Verfahren verfolge Spionagegeflecht und die Organisation eines Aufstandes gegen die Besatzungstruppen, wofür das Militärgericht die Beweise in Händen habe. Dieses gerichtliche Verfahren werde sich ordnungsgemäß abwickeln. Ferner hätten gewisse Personen die außerordentliche Todesstrafe bei der Erteilung von Genehmigungen zu öffentlichen Versammlungen missbraucht, indem sie sich zu Angriffen gegen die französischen Behörden und ihre Vertreter hinsetzen ließen. Derartige Vorkommen würden unterdrückt und die Schuldigen vor ein Militärgericht gestellt werden. Die französischen Behörden hofften, daß die beteiligte Bevölkerung künftig hin von jeder feindlichen Rundgebung gegen die Besatzungstruppen sich fernhalte. In den Straßen würde selbstverständlich keinerlei Unruhe geschehen.

Neue Verhaftungen.

Ludwigshafen, 18. Juni. (W.T.B.) Heute früh wurden von der französischen Besatzungsbehörde neue Verhaftungen von Arbeiterschäfern vorgenommen. Verhaftet wurden Stadtrat und Arbeiterschäfer Rauchert (S. V. D.), Stadtrat und Metallarbeiterverbandsbeamter Fischer (S. P. D.), Stadtrat und Eisenbahnerverbandsbeamter Baum (U. S. B. D.). Sie wurden in einem Auto aus der Stadt weggeführt. Heute früh rückte eine größere Kavallerieabteilung mit Maschinengewehren ein. Die Lage hat sich hierauf weiter zugespielt.

Zusammenschluß der deutschen Unternehmenschaft.

Berlin, 18. Juni. (W.T.B.) Die Organisationen des landwirtschaftlichen Gewerbes und die Spartenverbände von Handel, Industrie und Handwerk beschlossen den Zusammenschluß zu einem Zentralausschuß der Unternehmensverbände. Dessen werden angehören: Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Reichsverband der deutschen land- und forstwirt-

schaflichen Arbeitgebervereinigungen; Reichsverband der deutschen Industrie, Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Reichsverband des deutschen Handwerks; Hanabund für Gewerbe, Handel und Industrie; Zentralverband des deutschen Großhandels; Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels; Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels; Zentralverband der deutschen Bank- und Bankiergewerbe; Reichsverband der Bankleitungen; Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen; Zentralstelle für das deutsche Transport- und Verkehrsvermögen. Der Zentralausschuß bewilligt die geschlossene Wahrnehmung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik und der Interessen der deutschen Unternehmer, ferner die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen. Durch die Errichtung des Zentralausschusses hat die Aussöhnung des Hanabundes zum gemeinschaftlichen Zusammenschluß der Unternehmer ihre sachliche Erledigung gefunden. Der Zentralausschuß wird über die Bildung von örtlichen oder bezirklichen Ausschüssen jeglicher Art und über die Durchführung der notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der gestellten Ziele auch auf örtlicher Grundlage die erforderlichen Richtlinien erlassen.

Die Entente-Konferenz in Boulogne.

Paris, 18. Juni. (W.T.B.) Die Konferenz von Boulogne wird eine interalliierte Konferenz und nicht lediglich eine Besprechung zwischen Lloyd George und Millerand sein. Der „Petit Parisien“ sagt, dies bedeutet zweifellos, daß die finanziellen Vereinbarungen, denen Abschluß nach der Konferenz von Sythe den Sachverständigen der beiden Mächte überlassen worden sei, sich nicht nur auf dem besten Wege befinden, sondern in den großen Linien zum Abschluß gebracht seien. In Frankreich werde man diese Nachricht sicher mit Freude begrüßen. — Der „Matin“ meint, dieses neu Vorgehen schließe nicht eine vorhergehende Besprechung Millerands und Lloyd Georges über die Berichte der Finanzschäfverte über die Verhandlungen aus, falls noch Einzelheiten zu erledigen seien. Die Vertreter der fünf Mächte würden sich Anfang Juli in Brüssel wieder versammeln. Tatsächlich sei es wichtig, daß der alliierte finanzielle Vorschlag in allen Einheiten feststehe und einstimmig angenommen werde. Dann erst könne er den Deutschen vorgelegt werden. Was die Art angehe, wie man die deutsche Regierung von den interalliierten Vereinbarungen in Kenntnis seien werde, so werde dies zum größten Teil von der inneren deutschen Lage abhängen. Man werde daher erst später entscheiden, ob man zu direkten Verhandlungen übergehe oder sich der Wiedergutmachungskommission bediene.

Das französische Nationalfest.

Paris, 18. Juni. (W.T.B.) Den 50. Jahrestag der Errichtung der dritten Republik (4. September) will man durch ein besonderes Fest begehen und deshalb die Feier des Nationalfestes am 14. Juli einschränken.

Die französische Niederlage gegen die Türken.

Paris, 1. Juli. (W.T.B.) Aus einer Meldung des „Temps“ geht hervor, daß die Türken bei Bezanl zehn Offiziere und ungefähr 550 Mann Soldaten gefangen genommen haben. Man hält das hier für einen Verstoß gegen den mit Mustafa Kemal in Angera abgeschlossenen Waffenstillstand.

Konstantinopel, 18. Juni. (W.T.B.) Reuter. Die englischen Verluste bei dem Gefecht in Tsimi belaufen sich auf 23 Verwundete und 15 Tote und Vermisste. Die Gori-Hochländer haben die Punja-Truppen besiegt. Die Nationalisten graben sich auf den Hügeln ein. Man nimmt an, daß sie einen allgemeinen Angriff auf die Engländer planen.

Auch eine englische Schlappo.

Konstantinopel, 18. Juni. (W.T.B.) Reuter. Eine an 8. hi erlegene nationalsozialistische Streitkraft umging. Es zeigte eine schwere Abteilung englischer Truppen an der Küste. Der englische Besieger habe die Handelsschiffe mit den Nationalisten, die ihm freien Abzug gewährten. Die Briten kamen unbeschädigt durch, aber auf die Hanaplatzierung eröffneten die Nationalisten in rechterlicher Weise Feuer. Sie verwundeten 60 Mann und nahmen den englischen Nachrichtenoffizier gefangen. Hilfe wurde sofort abgesandt. Ein englisches Kreuzschiff beobachtete die Stellungen der Nationalisten mit Granaten und hielt dadurch die Besiegung auf. Heute herrschte völlig Ruhe.

Ein französisches Bataillon gefangen.

Paris, 17. Juni. (W.T.B.) Der „Temps“ berichtet, daß ein französisches Bataillon, welches die Stadt Bezanl in Gallien besetzt hatte, auf dem Versuch, sich nach der Küste durchzuschlagen, in der Nähe von Adana sich den Türken ergeben mußte, da ihm die Munition ausgegangen war.

Friedliche Töne aus Sowjet-Rußland.

Amsterdam, 18. Juni. (W.T.B.) Der Präsident der Moskauer Sowjetkammer sagte dem Berichterstatter der „Daily News“, der die englische Arbeiterschaft nach Rußland begleitete: Im Interesse der allgemeinen Lage sind Verträge mit Westeuropa so notwendig, daß wir zu mancherlei Zugeständnissen bereit wären, um eine gerechte und dauernde Regelung sicherzustellen. Es ist kein Grund vorhanden, warum ein dauernder Friede zwischen kommunistischen und kapitalistischen Regierungen unmöglich sein sollte. Unser Ziel ist nicht den Kommunismus in anderen Ländern mit Hilfe von Bajonetten und Gewehren einzusehen, also sollten gegenseitige Beziehungen möglich sein.

ne fand. Von solchen an der Scholle hastenden, als mit der verhassenen deutschen Urbevölkerung ist in den Büchern der Geschichte nichts zu lesen. Denn der Sieger schreibt die Geschichte, nicht der Besiegte, und der stumme die Herrschaft stummer Eindringlinge hinnehmende. So mögen die deutschen Urbewohner der Erde rechts der Elbe, der Urheimat unseres Volkes, sich mit den slawischen Eroberern nach langem Widerstande vertragen, sich mit den „gegebenen Verhältnissen abgefunden“ haben. Aber sie waren da und blieben da, und während der slawische Eroberer mit der Grenzwacht des deutschen Reiches und er Elbe einen immerwährenden Kampf führte, baute Jahrhundert um Jahrhundert hinter dieser Kampffront der auf seiner Scholle stehende deutsche Bauer des Ostens zuhing seinen Acker, äußerlich wenig unterschieden von den zwischen seinen Höhen stehenden slawischen Herren, sich auch wohl durch Heirat mit ihnen verbindend. Der Unabhängigkeit des Landes aber war und blieb deutsch, obwohl uns die Geschichte nur von Kriegen der slawischen Herren dieser Länder erzählt, und an dem deutschen Bauer, der dem Blut des Geschichtsschreibers jener Zeiten entflucht war, schloss vorübergeht.

Diese viel zu wenig beachteten Tatsachen erläutern es denn auch, daß dieses deutsche Land östlich der Elbe so schnell wieder ferndeutsch wurde, als um die Zeit höchster deutscher Kraftentfaltung im späteren Mittelalter die Neubesiedelung der Ostmarken einsetzte, als sich von Flandern und aus Westfalen die Jüge der deutschen Bauern und Gewerken nach Osten in Marsch setzten. Als von Lübeck aus die ganze Ostküste mit deutschen Städten besetzt wurde, als überall die mächtigen Städte und Dörfer emporwuchsen und deutsches Recht bis weit ins Landhinein gesprochen wurde. Als in den deutschen Gauen die deutsche Weise etablierte:

„Naer Oostland willen wi rijden,
Naer Oostland willen wij mee,
Al over de groene Heiden,
Al over de Heiden,
Toer isser en betere see“.

da war es nicht nur die Sehnsucht in die Fern, die einst die germanischen Krieger ans blaue Mittelmeer gelöst hatte, es war der Zug des Herzens, der die deutschen Stämme wieder in die Urheimat ihrer Väter führte. Deutsche Siedler trafen auf neutralen deutschen Boden, auf deutsche Bauern, die sich des Zusammenhangs mit diesen Abkömmlingen wieder bewußt wurden und sich verwundert die Augen rieben, als dieser deutsche Morgen kam. Das erklärt das Geheimnis, wie fast mit einem Schlag dieses deutsche „Kolonialland“ wieder deutsch wurde. Die slawischen Einsprengsel zwischen den deutschen Bewohnern wurden fast restlos ausgerottet und die Pößnergrenz nach Osten verschoben. Es ist von hoher Bedeutung, daß diese Grenze, die zu der damals die deutschen Bauern mit ihren Neuaniedlungen vorgedrungen sind, fast genau mit der bisherigen Reichsgrenze zusammenfällt. Keine Stadt des deutschen Ostens ist slawischen Ursprungs, alle sind deutsche Gründungen oder wenigstens Neugründungen.

Und dieses deutsche Land, diese Urheimat unseres Volles, will man uns jetzt nehmen, indem ein Schmiedestell des angelsächsischen Völkerrechts ihren Bewohnern einen Stimmzettel in die Hand drückt. Mit heller Freude vernehmen wir im Reiche, ein wie frischer deutscher Zug durch die Bewohner, während der Abstimmungsgebiete geht. Haben sie doch auch die polnische Lottewirtschaft unmittelbar vor Augen, der sie anheimfallen würden, wenn sie schwankend werden würden. Aber im Reiche fehlt doch noch das Bewußtsein, um was es bei dieser Abstimmung geht. Hinweg mit dem Kleinmut der Jungen und Mützen, die sich mit dem Verlust unseres Ostmarken schon abfinden möchten!

Treue um Treue! Verlassen wir unsere deutschen Brüder in ihrer entscheidenden Stunde, so geben wir damit uns selber auf. Der Reichstag, der über die Urheimat unseres Volles entscheiden soll, muß uns alle ausschauen lassen von den Sorgen des Alltags, und jeder sollte nach seinem Rennen und Vermögen beisteuern zu dem Rotschlag des deutschen Volles, der jedem Abstimmungsberechtigten die Reise in die Ostmarken am 11. Juli ermöglichen soll. Auch du, deutscher Haustau, denke dieses Tages, wenn du morgens sorgend vor deinen leeren Kochtöpfen stehst, die bisher die Arbeit des deutschen Bauern im deutschen Osten gefüllt hat. Tue das deine, auf daß er dem Reich erhalten bleibe.

Die deutsche Heldenfrage erzählt, daß es nach der Schlacht auf den Kataunischen Feldern in der Luft laut geworden sei wie von Waffenalarm und anstrengenden Reitergefechten. Die Geister der Erschlagenen hätten auf dem Weg nach Walhall noch einmal die Klügen gekreuzt. Der Krieg einer Welt von Feinden gegen uns ist zu Ende. Wir sind die Sieger. Man hat uns die Waffen entwunden. Der frische Wagnis unseres Volles, die zähe Widerstandskraft auch im Unglück, die Fahrtwährend hindurch diese Urheimat unseres Volles deutsch erhalten hat, sie haben mit dem leichten Mittel, das uns der Feind gelassen, mit der Wissensgebung am 11. Juli einen Kampf der Geister zu führen, der wie verhülltes Waffenkunst über alle Länder dahinrauschen mag, auf daß die Welt aufhorche und uns das gewöhne, was wir verlangen müssen und dürfen: das Recht auf unsere deutsche Erde!

(Siehe die Anzeige „Grenz-Spende“ im Anzeigenteil dieser Nr. d. Bl.)

Gerichtssaal.

Die Marburger Studenten-Freiwilligen freigesprochen.

Im Prozeß gegen die Marburger Zeitfreiwilligen wegen der Erziehung einer Anzahl von Bewohnern des thüringischen Ortes Bad Thal, beantragte der Anklagevertreter gegen die Angeklagten Engelsrecht, Strauß und Jahn zwei Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete auf Freispruchung sämtlicher Angeklagten.

Marburg, 19. Juni. (WTB.) In dem Marburger Kreisgerichtsprozeß erkannte das Gericht an, daß die Zeugen Harde, Arnold und Frau Wolff beledigt und mißhandelt worden sind. Dafür kamen nur die Angeklagten Goebel und weitere Zeitfreiwillige in Betracht, die nicht unter den Angeklagten sind. Die Feststellung dieser Tatsachen wäre die Grundlage eines weiteren Verfahrens.

Kurzer Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates vom 12. bis 18. Juni 1920.

In den Vereinigten Staaten ist der Schnitt des Winterweizens im Süden im Zuge und breitet sich allmählich nordwärts aus. Das bekannte Fachblatt „The Modern Miller“ spricht aus einigen Teilen des Südwestens über Schäden durch

die Hessenfliege, enthaltet aber verschiedentlich ausgezeichnete Urteile über Ergebnisse des Winterweizens, die allerdings noch keinen allgemeinen Rückschluß gestatten. Das mit Mais bepflanzte Areal wird darüber allgemein für größer gehalten als im Vorjahr: die privaten Urteile über die Ernteaussichten des Mais laufen zunächst befriedigend. Die Roggenaussichten, die möglicherweise bei dem Mangel russischer bzw. Donau-Überschüsse für Deutschland wieder eine Rolle spielen, versprechen weniger gute Erträge als in den beiden letzten Jahren. In dem letzten amtlichen Bericht wurde die Roggenanbaufläche in den Vereinigten Staaten mit 5,5 Millionen Acres (1 Acre sind 0,4 Hektar) angegeben gegen 7,1 bzw. 6,4 Millionen in den beiden Vorjahren, die Ertragsaussicht mit 80 Millionen Bushels (1 Bushel Roggen sind 25,4 Kilogr.) gegen 88,5 bzw. 91 Millionen Bushels endgültiger Schätzung in 1919 und 1918. Von Kanada meldet man von den verschiedenen Seiten eine außerordentlich gute und rasche Entwicklung des später als sonst gepflanzten Sommerweizens, der erheblich größere Erträge als im Vorjahr verspricht, obwohl der Anbau wesentlich geringer war und mit 15 200 000 Acres geschätzt wird, gegen 18 453 000 im Vorjahr. Die Ernteaussicht wird auf 260 Millionen Bushels (je 27,27 kg.) gegen 177 Millionen in 1919 angenommen. In Argentinien ist das Ausfuhrverbot für Weizen bereits wieder aufgehoben, nachdem die von der Regierung beantragte Erhöhung des Ausfuhrzolls vom Senat angenommen und in Kraft getreten ist. Gleichzeitig damit erfolgte wieder eine starke Preisaufwärzung der vorher durch das Ausfuhrverbot empfindlich gedrückten Weizenpreise. Von Australien wird infolge der für australische Verhältnisse ungewöhnlich reichen Niederschläge während der letzten Monate eine starke Zunahme des Weizenanbaues gemeldet, zu der auch die von den Regierungen einzelner Provinzen garantierten Mindestpreise von 8 bis 9 Schilling je Bushel (macht 2278 bis 2563 Mark für die Tonne, Umrechnungsfaktor 1 Pfund Sterling gleich 155 Mark) mit Anteil geben. Die gleichzeitigen Depeschen über ausgezeichnete Ernteaussichten sind indessen noch mit Vorsicht aufzunehmen, denn die australische Weizenernte beginnt nicht vordem November und bis dahin haben trotz der bisherigen ungewöhnlich guten Niederschläge die den jungen Saaten mit auf den Weg gegeben ist, die weiteren Wetterverhältnisse doch noch immer einen so erheblichen Einfluß, daß man vorläufig nur von Hoffnungen sprechen kann. Die Ernteaussichten in Frankreich werden auch in den neuesten Berichten als befriedigend bezeichnet. Der Anbau von Weizen ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen, vergleichsweise noch mehr ist das für Weizfrucht, Roggen, Gerste und Hafer der Fall, die sämtlich mehr als in regelmäßigen Zeiten bei der Versorgung Frankreichs eine Rolle spielen. Die Bewirtschaftung von Brotgetreide gibt die französische Regierung zunächst nicht aus der Hand. Sie will im neuen Erntejahr das Getreide verschwunnen durch den Handel zu festgesetzten Preisen für sich aufzukaufen lassen und erst wenn dies versagt, zur Bezahlung schlagen.

Gib Deine Grenz-Spende für die Volksabstimmung

dem Deutschen Schuhbund
Annahmestelle:

Limburger Anzeiger (Amtl. Kreisblatt).

Hinlischer Teil.
(Nr. 139 vom 21. Juni 1920.)

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Besitzsteuer.

Das Besitzsteuergesetz vom 3. Juli 1913 (Reichs-Gesetzbl. Seite 524) besteuert in Zeitabständen von drei zu drei Jahren den in den vorangegangenen drei Kalenderjahren entstandenen Zuwachs.

Die erste Besitzsteuererklärung hat zum 1. April 1917 für den in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1916 entstandenen Zuwachs stattgefunden.

Die zweite Besitzsteuererklärung ist von dem auf den 31. Dezember 1919 festgestellten Vermögenszuwachs, der in der Zeit vom 1. Januar 1917 bis 31. Dezember 1919 erwachsen ist, vorzunehmen.

Auf Grund des Besitzsteuergesetzes vom 3. Juli 1913 und des Gesetzes vom 30. April 1920 (Reichs-Gesetzbl. Seite 875) sind zur Abgabe einer Steuererklärung über ihr Vermögen nach dem Stande vom 31. Dezember 1919 verpflichtet:

Alle Personen mit einem steuerbaren Vermögen von 20 000 Mark und darüber, wenn sie früher weder zum Wehrbeitrag noch zur Besitzsteuer veranlagt worden sind, sowie alle Personen, deren Vermögen seit der Veranlagung zum Wehrbeitrag oder gegenüber der letzten Besitzsteuererklärung (Stand des Vermögens vom 31. Dezember 1916) sich um mehr als 10 000 Mark erhöht hat.

Diese im Finanzamtsbezirk Limburg wohnhaften Personen werden aufgefordert, die Besitzsteuererklärung nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit vom 28. Juni bis 28. August vor dem Finanzamt mündlich oder schriftlich unter der Sicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Andere als die oben bezeichneten Personen sind zu der freiwilligen Abgabe einer Besitzsteuererklärung berechtigt.

Die oben bezeichneten Personen sind zur Abgabe einer Besitzsteuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Formular nicht zugegangen ist.

Auf Berlanen wird jedem Pflichtigen das Formular im Finanzamt kostenlos verabschafft oder zugesandt.

Die Einsendung der schriftlichen Erklärung durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf die Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Erklärung versäumt, wird gemäß § 54 des Besitzsteuergesetzes mit Geldstrafe bis zu der Abgabe angehalten. Auch hat er einen Zuschlag von 5-10 Prozent der geschuldeten Steuer verloren.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben in der Besitzsteuererklärung sind in den §§ 76, 77 des Besitzsteuergesetzes mit Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrage der gefährdeten Steuer bedroht und gegebenenfalls auch mit Gefängnis.

Die Zusendung oder Abgabe von Formularen zur Besitzsteuererklärung kann zurzeit noch nicht erfolgen, da diese von der zuständigen Stelle in Berlin hier noch nicht eingegangen sind. Der Eingang der Formulare wird später öffentlich bekannt gemacht werden.

Da die Frist zur Abgabe der Besitzsteuererklärung nur in wirtschaftlich begründeten Ausnahmefällen verlängert werden darf, so werden die Steuerpflichtigen gebeten, auf jeden Fall sich schon jetzt die zur Aufstellung des Formulars notwendigen Unterlagen (Bankauszüge usw.) zu beschaffen.

Limburg, den 15. Juni 1920.

Finanzamt.

Ruhr.

Es soll in letzter Zeit wiederholt vorgekommen sein, daß Behörden der polnischen und der tschechoslowakischen Republik sich an die Verwaltungen preußischer Gemeinden mit Erkundungen gewandt haben, militärische Gestellungsbescheide an die Gestellungspläne auszuhändigen, Auskünfte über Besitzer zu geben u. a. Solange nicht eine endgültige Regelung über diese Fragen durch die betreffenden Staatsregierungen erfolgt ist, ist derartigen Anträgen nicht stattzugeben.

Limburg, den 16. Juni 1920.

2. 1999. Der Landrat.

Bekanntmachung

Mit Ernennung des Ministeriums für Landwirtschaft Domänen und Forsten werden die bisher üblichen Gebühren für die amtstierärztliche Beaufsichtigung der Gattstätte, Händlerställe usw. gemäß der Viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 30. November 1912 (Regierungs-Amtsblatt S. 497/498) unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, vorübergehend um 100 Prozent erhöht.

Sondervereinbarungen zwischen den Interessenten und den Viehstierärzten, falls solche bisher schon bestanden, sind auch weiterhin zulässig.

Kassel, den 4. Juni 1920.

Der beauftragte Regierungspräsident.

A III R. 11 509.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 16. Juni 1920.

Der Landrat.

Bekanntmachung

Der Reichsausschuß für planliche und tierische Döse und Fette teilt mit, daß im kommenden Wirtschaftsjahr die Bewirtschaftung der Döse nach den im vergangenen Jahre gegebenen Verordnungen erfolgt. Ich mache die Herren Bürgermeister auf diese aufmerksam und erwarte deren genaue Beachtung. Als Delmühlen werden vorbehaltlich anderer Bestimmungen zugelassen.

1. Johs. Jeud in Ellar,
2. Wilh. Kremer in Niederbrechen,
3. Gebrüder Vöhr in Thalheim.

Die alten Delmühlscheine treten außer Kraft. Neue Formulare können in den nächsten Tagen durch die Kreisstelle druckerei bezogen werden. Ich weise besonders auf § 4 der Verordnung vom 16. August 1919 hin, wonach die Besitzer von abgepflichtigten Döse verpflichtet sind, diese zum 1. August dem Kommunalverband anzugeben. In Betracht kommen hierbei solche Erzeuger, deren Anbaufläche mehr als ein Achtel Hektar (12,5 Ar) beträgt. Ich erücke diese auf ihre Verpflichtung hinzuweisen und auf die Strafen, welche Verhältnislösung dieser Pflichten nach sich ziehen, aufmerksam zu machen. Zum 15. Juli d. Js. ist mit einer Liste sämtlicher Döseerzeuger nach rückstehendem Muster vorzulegen.

1.	Name	Vorname	Wohnort (Betrieb)	Anbaufläche an Hektar	Be-
2.				Raps	Stein- dorfer Hed- der- meilungen

Delmühlscheine werden nur an solche Personen ausgehängt, welche in dieser Liste eingetragen sind.

Limburg, den 13. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreiswirtschaftsamtes.
Schellen.

Ratholische Gemeinde.

Montag 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahr am für Heinrich Trombeito und seine Familie. Um 7 1/2 Uhr im Dom Jahr am für Frau Barbara Strahl. Um 3 Uhr in der Stadtkirche Jahr am für Anton Roth und Johann Dösel. Um 8 Uhr im Dom Amt nach Weinburg.

Mittwoch 7 1/2 Uhr im Dom Jahr am für Friedrich Häring und Ehefrau Anna Marg. Um 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche Jahr am für Joh. Bernecker und Ang. Um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahr am für Katharina Schwarz.

Donnerstag 7 1/2 Uhr im Dom Jahr am für Frau Karoline Hartmann. Um 8 Uhr im Dom Amt für Rath. Vöhr.

Freitag 7 1/2 Uhr im Dom Jahr am für Adam Hill und seine Familie. Um 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche Jahr am für Katharina Reisenberger geb. Diehl und Angehörige. Um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahr am für Barbara Hüf, deren Eltern und Geschwister.

Samstag 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahr am für Johanna Müller. Um 7 1/2 Uhr im Dom Jahr am für Geschwister Wiederstein. Um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahr am für Marg. und deren Eltern.

Mittwochabend um 4 Uhr Gelegenheit zur hl. Messe.

Mitteldeutsche Creditbank

Frankfurt a. M.—Berlin

Bezugsangebot

auf Mk. 30,000,000.— neue Aktien.

Die Generalversammlung der Mitteldeutschen Creditbank in Frankfurt a. M. vom 15. Juni 1920 hat beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft von Mk. 60,000,000.— auf Mk. 90,000,000.— zu erhöhen, durch Ausgabe von 25,000 auf den Inhaber lautenden, vom 1. Januar 1920 ab dividensberechtigten Aktien zu je 1200 Mark und, unter Auschließung des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre, die dreissig Millionen Mark neuen Aktien an ein Konsortium zum Kurse von 115 %, frei von Stückzinsen mit der Verpflichtung zu begeben, dieselben den alten Aktionären derart zum Bezug anzubieten, dass auf je 2400 Mark alte Aktien eine neue Aktie von 1200 Mark zum Kurs von 115 % zuzüglich des Schlussnotenstempels, jedoch frei von Stückzinsen bezogen werden kann.

Namens des Konsortiums bieten wir in Gemäßheit der Beschlüsse der vorerwähnten Generalversammlung den Inhabern der alten Aktien die neuen Aktien zu nachstehenden Bedingungen zum Bezug an:

1. Auf 2400 Mark alte Aktien kann eine neue Aktie von 1200 Mark zum Kurse von 115 % zuzüglich des Schlussnotenstempels jedoch frei von Stückzinsen bezogen werden.
2. Das Bezugsrecht ist bei Meidung des Verlustes in der Zeit

vom 28. Juni 1920 bis einschließlich 7. Juli 1920

bei einer der folgenden Stellen geltend zu machen:

in Frankfurt a. M. und in Berlin ferner	bei der Mitteldeutschen Creditbank
in Coblenz	bei sämtlichen Niederlassungen der Mitteldeutschen Creditbank an anderen Plätzen
in Köln	bei der Firma Leopold Seligmann
in Hamburg	bei der Mitteldeutschen Creditbank Filiale Köln
in Leipzig	bei der Firma Leopold Seligmann
in Meiningen	bei der Firma M. M. Warburg & Co.
in München	bei der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt (Abteilung Becker & Co.)
in Stuttgart	bei der Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp Aktiengesellschaft
in Tübingen	bei der Mitteldeutschen Creditbank Filiale München
in Hechingen und in Sigmaringen	bei der Firma H. Aufhäuser
3. Bei Ausübung des Bezugsrechts sind die Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeübt werden soll, ohne Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine mit einem doppelt ausgefertigten Anmeldeschein, für den Verdrucke bei den Anmeldestellen erhältlich sind, einzureichen. Mit der Einreichung ist der Bezugspreis von 115 % mit Mk. 1380 — für jede Aktie und der Schlussnotenstempel einzuzahlen. Ueber die Einzahlung wird auf einem der beiden Anmeldescheine, der dem Einreicher zurückgegeben wird, quittiert. Die alten Aktien werden mit einem die Ausübung des Bezugsrechts kennzeichnenden Stempelaufdruck zurückgegeben.	bei der Firma Doertenbach & Cie., G. m. b. H.
4. Die Aushändigung der neuen Aktien an den beziehenden Aktionär erfolgt nach deren Erscheinen gegen Rückgabe des mit der Quittung über die Einzahlung versehenen Anmeldescheines bei derjenigen Anmeldestelle, die über die Empfangnahme des Geldes quittiert hat, gegen Empfangsbestätigung.	

Frankfurt a. M., den 21. Juni 1920.
Berlin,

1(139)

Mitteldeutsche Creditbank.

Der Stadt sind von der Bekleidungsabteilung des Durchgangslagers 30 getragene Zivilanzüge, welche sich als Arbeitsanzüge eignen, überwiesen worden.

Die Anzüge sind für Minderbemittelte bestimmt. Näheres auf Zimmer 15 des Rathauses.

Limburg, den 18. Juni 1920.

3(139) Der Magistrat.

Leder-Verkauf.

Am Dienstag, den 22. Juni d. Jg., nachm. 3 Uhr, werden im Güterschuppen auf Bahnhof Limburg 2 Ballen Riemens- und Sattlerleder im Gewicht von 115 kg, sowie ein neuer Autoreifen, zwei Ballen Kapok und eine Partie Korbflaschen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung verkauft.

6(139) Güterabfertigung Limburg (Lahn).

Büfften, Büßer, Eimer und Buttermaschinen

in allen Größen vorrätig.

14(147)

Karl Gemmer, Limburg (Lahn)

Güterferei, Hinter der Turnhalle.

Viskarten werden jünger angefertigt in der Druckerei des Kreisblattes.

Ihre am 20. Juni vollzogene
Vermählung

beehren sich anzuseigen

Reinhold August Knapp

Dorchen Knapp
geb. Wagner

Danborn

Eisenberger Mühle

Gesucht jüngeres

Dienstmädchen

bei guter Kost und Behandlung.

4(126) Zu erste. in der Expd.

Arbeitsbücher

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.

Nähmaschinen

Nadeln

Oel

■■■■■

Schreibmaschinen

Farbbänder

Oel

sonstiges Zubehör.

■■■■■

Fahrradbereifungen

Flickgummi

Gummilösung

■■■■■

Carbid

■■■■■

Feuerzeugbenzin

■■■■■

Centrifugenöl

■■■■■

Taschenlampenbatterien

■■■■■

Hech. Reparaturwerkstätte
für Maschinen aller Art.

■■■■■

Wilh. Möbus, Automobile
LIMBURG.

Piassavabesen, Reiserbesen,
Kokosbesen, Rosshaarbesen,
Handfeger, Kokosmatten,
prima Scheuertücher Fenster-
leder, Schwämme, Raffiabast,
sowie sämtl. Bürstenwaren

in prima Friedenequalität, billig

7(121) J. Schupp, Seilerei
en gros en detail
Fernruf 277. Limburg. Frankfurterstr. 15.

Shirme,

Spazierstöcke

größte Auswahl
billigste Preise

13. 11. 1920

Erste Limb. Schirrfaß mit elektr. Betrieb

Jean Kaiser Nach.

Limburg (Lahn)

Hospitalstraße Nr. 1

Reparieren u. Ueberziehen

Hausschwestern

Lotterie

Ziehung 29. und
30. Juni 1920.

■■■■■ 100,000

Hauptgewinn: 50,000

Hauptgewinn: 10,000

■■■■■

Lose empfiehlt und

versendet zum Preise

von Mr. 3.60, auch

gegen Nachnahme.

Lotterie-Börse

Hubert Börsch

Hamburg-Barmbek

Johlsbüttelerstr. 290.

Für Loschändler bil-

ligste Bezugssquelle sämt-

licher Lose zu Tages-

preisen.

2(139)

Großer politischer Nachrichten- dienst

Vossische Zeitung

Berlin

Monatlicher Bezugspreis

Mt. 14.—

Handleiterwagen

sehr solide kräftige

Reitwagen

steif vorrätig bei

B. Sommer, Neumarkt

Handwerker

Gewerbetreibende

erhalten Auskunft, Rat und

in allen Angelegenheiten

Wirtschaftsregeln

Reitwagen

Fachliche Beratung

Steuerberatung

Rechtsfragen

Technisches Rat

Forderungen

Buchführung

durch die Geschäftsräume

des Kreisverbandes

für Handwerk und

Gewerbe

Limburg a. Lahn

im Schloss

Forstamt

Gesucht jüngeres

Dienstmädchen

bei guter Kost und Behandlung.

4(126) Zu erste. in der Expd.

Arbeitsbücher

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.

Zum sofortigen Eintritt

oder 1. Juli

■■■■■ tüchtiges Mädchen

gesucht.

■■■■■ M. Gulberg,

■■■■■ Limburg, Neumarkt 1.